

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 1

Artikel: Bauernschaft und Kriseninitiative
Autor: Schmutz, R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Initianten wissen mit uns, daß der heutigen Krise nicht mit künstlichen Mitteln beizukommen ist. Da gibt es wohl oder übel nichts anderes, als ein Einfügen und Anpassen an die neue Wirtschaftslage. Der Weg über die Schulden unserer Söhne ist aber eine Teufelssaat, die auszustreuen wohl zum traurigsten Kapitel unserer Geschichte gestempelt werden müßte. Man greift sich wirklich an den Kopf, daß gerade in unserem Schweizerhaus ein solches Ansinnen überhaupt an uns gestellt wird.

So wie es in einer anständigen Familie Sitte ist, zu sparen und ein leichtsinniges Schuldenmachen als Schande empfunden wird, wollen auch wir als große Schweizerfamilie diese gesunde und senkrechte Tradition hochhalten. Auf keinen Fall dürfen wir aus schändlicher Selbstsucht, durch uneinlösbare Versprechungen auf dem Rücken der kommenden Generation Schulden machen, die deren ohnehin geschmälerte Existenz noch vollends untergraben würden.

Glücklicherweise herrscht im Schweizervolk noch genügend ehrliches Gemeingefühl, überall zu helfen, wo es wirklich nottut. Es verwahrt sich gegen die Zumutung, seiner Jugend das Geld, das diese einmal verdienen muß, zum voraus hinter staatlichen Preis- und Lohnschutzmauern gelassen zu verzehren.

Bauernschaft und Kriseninitiative

von Nationalrat R. Schmutz, Landwirt, Oberbalm

Wenn wir uns in unserer ablehnenden Stellung zur Kriseninitiative speziell an die Bauern wenden, tun wir es nicht, ohne die Gründe zu würdigen, die viele unserer Berufsgenossen aus ihrer Notlage heraus veranlaßt haben, ihr anfänglich zuzustimmen und darauf aufmerksam zu machen, daß auch ohne Annahme der Initiative mit ihren unberechenbaren Folgen unsere Bundesbehörden gewillt sind, immer im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten und der Verantwortung gegenüber der Gesamtheit des Volkes, das zu

tun, was zur Erleichterung der schweren Lage der Landwirtschaft getan werden kann. Der Vorwurf einer bewußt gewollten und gesuchten Preisabbaupolitik speziell für landwirtschaftliche Produkte durch unsere Bundesbehörden ist eine Unwahrheit. Der Milchpreis wurde gestützt, die Viehpreise, die Obst- und Kartoffelpreise und andere mehr wurden mit allen möglichen Mitteln vor weiterem Absinken zu bewahren gesucht. Allerdings genügte das alles besonders für den verschuldeten Bauern nicht, weil der Abbau, der ja in gewissem Ausmaße nicht zu vermeiden ist, anfänglich fast nur die landwirtschaftliche Produktion betraf, und nicht in gerechter Weise alle Kreise möglichst gleichmäßig. Damit blieben die Produktionskosten der Bauern ungefähr gleich hoch. Wenn durch die Initiative zum Beispiel Löhne und Besoldungen in heutiger Höhe verfassungsmäßig garantiert werden sollen, dann müßte, um eine gewisse Parität wieder herzustellen, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktenpreise sicher in Aussicht gestellt werden können. Das ist nicht der Fall.

Die Sozialdemokratie tritt heute für landwirtschaftliche Forderungen ein, wenn sie auf Kosten des Staates realisiert werden sollen; sie hat dieselben aber je und je bekämpft, wenn der Konsument selber ein Opfer bringen sollte. Landwirtschaftliche Preissicherung ist mit oder ohne Kriseninitiative bei gleichbleibenden Verhältnissen auf die Dauer nur möglich, wenn die schweizerische Landwirtschaft diszipliniert ihre Produktion den wirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten anpaßt.

Wir sind überzeugt, daß es den Initianten mehr darum zu tun ist, eine Lohn- und Besoldungsgarantie für die nächste Zukunft verfassungsmäßig festzulegen. Bei den öffentlichen Verwaltungen scheint das noch verhältnismäßig einfach zu sein; ein großes Fragezeichen wäre schon bei den Bundesbahnen zu setzen. Voraussetzung wäre, daß die Mittel genügend «fließen», was bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen in ein paar Jahren nicht mehr der Fall sein wird. Wie wird es aber bei den privaten Betrieben sein, wo die Betriebsergebnisse das Auszahlen der frühern Löhne einfach nicht mehr gestatten? Da wird, wenn die Initiative Gesetz würde, der Staat einspringen müssen. Die Folgen möge sich der denkende Leser selber ausmalen. Ausreichend soll die Existenz jedem Schweizerbürger garantiert sein (auch dem Arbeitslosen), gleichviel ob er selber auch sein Mögliches tut oder nicht. Was ist

ausreichend? Wer definiert den Begriff? Ist das zu Stadt und Land gleichviel?

Vieles, was die Initiative verlangt, wird heute schon gemacht oder vorbereitet.

«Erhaltung tüchtiger Bauernfamilien auf ihren Heimwesen und Erleichterung im Zinsendienst.» Was in der Richtung gemacht wurde, sollte bekannt sein. Der Bundesrat hat aber noch weitergehende Vorlagen in Vorbereitung. Das Problem der landwirtschaftlichen Entschuldung soll voll gelöst werden, nicht gefühlsmäßig, sondern in ruhigem, sachlichem Abwägen der Einzelmöglichkeiten, wenn dabei nicht große öffentliche Mittel unnütz verschleudert werden sollen.

Große Bedeutung hat das Zinsfußproblem. Hier kommt die Erleichterung restlos dem Schuldner zu gut; allerdings sollte nicht auf dem Zwangswege vorgegangen werden, sondern auf dem Wege organischer, aber von den Behörden bewußt geförderter Entwicklung. Viele Kapitalabschreibungen könnten dadurch vermieden werden. Es ist bedauerlich, daß die Einsicht nicht schon vor etwa zwei Jahren vorhanden war. Das hätte mehr gegen die Kriseninitiative gewirkt als ein paar Zentner Drucksachen. Die verschuldeten Bauern müssen wieder überzeugt sein, daß in unserm Lande wirtschaftliche Gerechtigkeit herrscht. Diesen Glauben müssen wir dem Bauern durch die Tat wieder zu schenken versuchen, dann erträgt er auch leichter die Schwierigkeiten der Zeit, und dann ist er, der in seiner überwiegenden Mehrheit von einem Geist des Sparens und des soliden Haushaltens für den privaten wie für den öffentlichen Betrieb be-seelt ist, für staatssozialistische Experimente in der Art der Kriseninitiative nicht mehr zu haben.

Wenn wir ihn heute für diese Auffassung gewinnen wollen, dann muß er wissen, daß auch wir Gegner der Kriseninitiative seine Nöte aus eigener Erfahrung kennen und ehrlich und redlich mitarbeiten und mitkämpfen wollen, um zu helfen, soweit es möglich ist, aber nicht mit unerfüllbaren Versprechungen. Außerordentlich leicht nehmen es die Befürworter der Initiative mit der Berechnung der Kosten all der befohlenen Maßnahmen. Ich habe schon Ausführungen gehört und gelesen, die direkt als liederlich bezeichnet werden müssen. Laufende Einnahmen? Dann muß man noch neue «laufen» machen. Steuererhöhungen, neue Steuern, Anleihen! Wenn ich noch ein junger Bursche wäre, der das Leben noch vor sich hat, würde

ich da wohl etwas stutzen. Die heutige Generation will die Schwierigkeiten der Zeit durch Anleihen mildern, die wir dann später zurückzahlen sollen. Sind wir sicher, daß diese Pflicht sich für uns nicht als eine fast untragbare Last erweisen wird? Die Kosten müssen, gemessen an dem, was heute schon alle Stützungsaktionen kosten, ungeheuer hohe sein.

Man will den «Geldsack» heranziehen. Das ist heute ein zügiges Schlagwort! Nehmen wir einmal an, man beanspruche ein paar Dutzend private «Geldsäcke» bis zur Enteignung; das gibt «Stoff» für kurze Zeit, dann kommen sicher die mittleren und kleineren Vermögen und Einkommen dran.

Eines möge sich der denkende Landwirt merken: Ohne die Diktatur der Kriseninitiative haben es unsere Landesbehörden in der Hand, jedem Teil unserer notleidenden Wirtschaft, im besonderen der Landwirtschaft, diejenige Stützung zukommen zu lassen, die der Staat nach gerechter Inanspruchnahme aller ihm zur Verfügung stehenden Hilfsquellen gewähren kann, ohne eine einigermaßen noch gesunde oder doch erträgliche Grundlage ganz zu verlassen. Der Staat behält noch die Zügel in seiner Hand. Wenn die Kriseninitiative, wenn auch nur für zehn Jahre, Grundgesetz des Staates wird, dann ist es aus mit diesem Abwägen einzelner Möglichkeiten. Ihre Versprechungen m ü s s e n eingelöst werden so lange als möglich. Wenn in ein paar Jahren diese Möglichkeit nicht mehr besteht — denn wir dürfen mit Rücksicht auf enorme Verschiebungen in der Weltwirtschaft im günstigsten Falle nur auf bescheidene Erholung unserer Wirtschaft hoffen — dann bricht das ganze Gebäude unserer Stützungsaktionen wie ein Kartenhaus zusammen. Die Katastrophe ist da, die wir durch weises Maßhalten und Freiheit der Bewegung hätten vermeiden können.

Nachdenkliches zur Kriseninitiative

Zahlen sollen die kommenden Geschlechter

Die «Schweizerische Handelszeitung» hat vor einiger Zeit einen alarmierenden Leitartikel, P. R. gezeichnet, veröffentlicht. Darin war zu lesen:

«Sonst hat das Kind den Vater Geld gekostet, nach dem jetzigen Brauch wird der Vater das Kind Geld kosten. Sonst hat der